

Martin Sabrow

Der „Tag von Potsdam“ – Zur Geschichte einer fortwährenden Mythenbildung

Im Gedächtnis unserer Zeit ist der „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 über ein Foto gespeichert. Es zeigt den Händedruck, den ein in devoter Verbeugung erstarrter Zivilist namens Adolf Hitler mit einem ihn von oben prüfend musternden Reichspräsidenten Hindenburg in ordensgeschmückter Generalsuniform austauscht. Das Bild lügt. Der Fortgang der Geschichte lehrt vielmehr, daß Hitlers unterwürfiger Blick in Wahrheit herrischen Triumph bedeutete. Tatsächlich lag in der scheinbar so servilen Szene das folgenreiche Bündnis der nationalkonservativen deutschen Eliten mit der nationalrevolutionären Massenbewegung des braunen Parteiführers beschlossen, das den Weg freimachte erst zur politischen Gleichschaltung, dann zur kumulativen Machtentgrenzung und schließlich zu Weltkrieg und Völkermord.

Nicht erst seit 1945 gilt der „Tag von Potsdam“ denn auch als eine meisterhaft inszenierte Rührkomödie, mit der die nationalsozialistischen Machthaber und an ihrer Spitze ihr luziferischer Propagandavirtuose Joseph Goebbels nach den kleinen Leuten nun auch das konservative Bürgertum hinter sich gebracht habe, das bis dahin vielfach noch in elitärer Distanz zur Hitlerbewegung und ihrem plebejischen Anführer verharret war. Die Deutung des Potsdamer Staatsaktes als ein so geschicktes wie gewissenloses Trugspiel der nationalsozialistischen Machthaber mit der preußischen Tradition gehört bis heute zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik. Sie bedient den immer noch populären Mythos der verführten Deutschen, und sie beglaubigt die Selbstviktimisierung einer Nachkriegsgesellschaft, die sich bis in die siebziger Jahre mehrheitlich selbst als Opfer der zwölf dunklen Jahre verstand. Schlimmer noch: Sie ist historisch nicht haltbar.

Chaotische Vorbereitung

Kritische Durchleuchtung verdient schon die Annahme, Charakter und Ablauf der Reichstagseröffnung vom 21. März 1933 stellten das Resultat einer zielgerichteten Vorbereitung durch den nationalsozialistischen Chefpropagandisten Goebbels dar. Im Gegenteil verbirgt sich in der Vorgeschichte der Potsdamer Jubelfeier eine chaotische Mischung von überhasteten Entscheidungen und erzwungenen Korrekturen, die das Projekt zeitweise zu einem völligen Fiasko werden zu lassen drohten und seine politischen Urheber mehr als Getriebene denn als souverän Handelnde erscheinen lassen. Zunächst ging die Entscheidung, nach 1848 und 1919 auch den dritten Anlauf zu einer revolutionären Parlamentskonstituierung außerhalb Berlins zu unternehmen, gar nicht auf den symbolpolitischen Willen der seit dem 30. Januar 1933 regierenden Koalitionsregierung von Nationalsozialisten und Deutschnationalen zurück, sondern auf den bekannten Brandanschlag vom Abend des 27. Februar 1933, die den Berliner Reichstag in eine rauchgeschwärzte Ruine verwandelt hatte. Erst daraufhin war im Reichskabinett der Gedanke aufgekommen, den am darauffolgenden Sonntag zu wählenden Reichstag zur Eröffnungssitzung in einen preußischen Repräsentativbau nach Potsdam einzuberufen.

Doch zuständigkeitshalber vom Reichsinnenministerium unternommene Sondierungen bei der Potsdamer Schlösserverwaltung am 1. März blieben unergiebig; ein 600 Abgeordneten Platz bietender Großraum fand sich weder unter den Schlössern noch unter den Profanbauten und Gedenkstätten der Stadt. Erst als sich abzeichnete, daß Reichsinnenminister Frick in der gesetzten Frist seinem Auftrag nicht würde nachkommen können, verfiel ein befragter Potsdamer Obermagistratsrat auf die kühne Idee, ein hinreichend geräumiges Gebäude

vorzuschlagen, das sich allerdings als Sakralraum und überdies Grablege zweier Preußenkönige für die konstituierende Sitzung eines politischen Parlaments nicht unbedingt anbot: die im frühen 18. Jahrhundert erbaute Potsdamer Hof- und Garnisonkirche. An der Spitze des nationalsozialistisch geführten Reichsinnenministerium wurde dieser Vorschlag, der symbolpolitisch so ganz auf der Linie des deutschnationalen Koalitionspartners lag, als derart brisant eingestuft, daß Reichsinnenminister Frick den Beteiligten zunächst ein striktes Schweigegebot auferlegt, um nicht durch eine etwaige Ablehnung Hitlers desavouiert zu werden. Ein Alternativvorschlag stand allerdings in der Kabinettsitzung am folgenden Tag nicht zu Gebote, und so erklärte Hitler sich zur unverhohlenen Verblüffung seines Vizekanzlers Papen einverstanden, den Reichstag zu seiner Eröffnungssitzung an einem Ort einzuberufen, der das neue „Dritte Reich“ ganz in die Kontinuität des 1918 untergegangenen Zweiten Reichs stellen würde.

Doch rasch sollte sich zeigen, daß die Regierung mit diesem Entscheid das Heft des Handelns keineswegs zurückgewonnen, sondern im Gegenteil neue Kalamitäten heraufbeschworen hatte. Von kirchlicher Seite regte sich sofort Widerstand gegen den Willen der Regierung, ein evangelisches Gotteshaus zu einem Ort der politischen Debatte zu profanieren. Während der Gemeindegemeinderat in ersten Besprechungen der erbetenen Nutzung zugestimmt hatten, verhielt der Evangelische Oberkirchenrat sich unnachgiebig. Gelegentlich einer Ortbesichtigung am 4. März, einen Tag vor der Reichstagswahl, begründete der kurmärkische Generalsuperintendent Otto Dibelius die Bedenken der kirchlichen Oberbehörde mit den Radau- und Lärmszenen, die von kommunistischer und eventuell auch von sozialdemokratischer Seite zu gewärtigen seien, und schlug als Kompromiß vor, in der Garnisonkirche lediglich eine feierliche Eröffnungssitzung abzuhalten, die eigentlichen Beratungen aber anderswo stattfinden zu lassen.

Diesen Einspruch, dem sich ablehnende Reaktionen auch in der Potsdamer Einwohnerschaft anschlossen, hätte die Regierung vielleicht noch überwinden können. Aber die Kirchenleitung wußte einen mächtigen Verbündeten hinter sich, der ihr auch bei Ausbruch des Konfliktes sofort Audienz gewährt hatte: Hindenburg. Das bereits in allen Zeitungen veröffentlichte und mit dem Prestige der neuen Regierung verknüpfte Vorhaben, den neuen Reichstag zu seiner konstituierenden Sitzung nach Potsdam einzuberufen, war nur mehr Makulatur, als Staatssekretär Otto Meißner den Reichskanzler davon unterrichten mußte, daß Hindenburg nach einer Unterredung mit dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats fest entschlossen sei, seine Zustimmung „zur Hergabe der Garnisonkirche“ zu verweigern: „Der Herr Reichspräsident steht auf dem Standpunkt, daß am Grabe Friedrichs des Großen unmöglich politische Debatten geführt werden dürften.“

Der Vermittlungsvorschlag eines Beamten im Reichsinnenministerium half der Regierung am Ende, auch im Rückzug ihr Gesicht zu wahren.. Er schlug eine Dreiteilung der Zeremonie vor, die die Versammlung in der Garnisonkirche auf einen feierlichen Staatsakt reduzierte und ihr einen nach Konfessionen getrennten Auftaktgottesdienst in der evangelischen Nikolaikirche bzw. in der katholischen Stadtpfarrkirche voranstellte, während die eigentliche Reichstagsöffnung nun in einem gesonderten Akt in einem benachbarten Profangebäude, dem „Langen Stall“, stattfinden sollte. Diese protokollarische Änderung war nicht nur geeignet, alle kirchlichen Bedenken auszuräumen. Sie bedeutete überdies einen symbolischen Sieg des monarchischen Restaurationsgedanken über die nationalsozialistische Revolutionsideologie, wie insbesondere Meißner erkannte, der die ablehnende Haltung des Reichspräsidenten „unter Hinweis auf die frühere Übung“ zu überwinden vorschlug, „wonach im Anschluß an die Gottesdienste die Eröffnung des Reichstags im Weißen Saal durch den Kaiser erfolgte und dann erst im Reichstagsgebäude die geschäftlichen Verhandlungen einsetzten“.

Tatsächlich stimmte Hindenburg dem vorgeschlagenen Kompromiß bei einer Unterredung mit Hitler und Papen am 7. März zu. Aber die neue Regierung mußte für diese Rettung ihres Projekts einen hohen Preis entrichten: Die Absprache mit dem Reichspräsidenten sah vor, daß niemand anders als Hindenburg selbst die entscheidende Rolle beim Potsdamer Staatsakt spielen würde, während die Reichsregierung mit Hitler an der Spitze auf eine Nebenrolle reduziert wurde. Dank dieses Zugeständnisses konnte die Regierung am selben Tag immerhin erleichtert mitteilen, daß der neue Reichstag im Einklang mit der Verfassung in der Woche vom 3. bis 8. April in Potsdam zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten würde. Genau einen Tag später war auch diese Festsetzung bereits wieder gegenstandslos, als nämlich Hitler und Göring bei einem Lokaltermin zur allgemeinen Überraschung entschieden, den Eröffnungsakt auf den 21. März vorzuziehen. In zwei Wochen aber war der Lange Stall nicht versammlungstauglich umzubauen, so daß am Ende die eigentliche Reichstageröffnung aus bautechnischen Zwängen nun doch in die Berliner Kroll-Oper verlegt werden mußte und für Potsdam nur eine zeremonielle Auftaktveranstaltung ohne politische Bedeutung übrigblieb.

Erst nachdem all diese Festlegungen bereits getroffen waren, trat mit Joseph Goebbels endlich jener Akteur auf die Bühne, dem die Legende die ganze Verantwortung für die Potsdamer Großveranstaltung zuschreibt. Am 13. März wurde Goebbels zum Minister des neugeschaffenen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda berufen, und ihm blieb kaum mehr als eine Woche, um das Potsdamer Projekt umzusetzen, das von einem Tag auf den anderen zur öffentlichen Nagelprobe für die Existenzberechtigung seines in der staatlichen Ressortgeschichte noch nicht dagewesenen Medienministeriums geworden war. Seine entscheidende Leistung bestand in der medialen Mobilmachung der deutschen Gesellschaft, die den zeremoniellen Staatsakt in ein Gemeinschaftserlebnis nationaler Identitätsstiftung auf dem Wege des Mitmachens und des Mithörens verwandelte, wie Goebbels in seinem Tagebuch selbst festhielt: „Der Rundfunk wird für ganz Deutschland eingeschaltet. Die Nation muß an diesem Tag teilnehmen. Ich arbeite das Programm bis tief in die Nacht hinein in allen Einzelheiten durch, rufe in einem kurzen Aufruf die Nation zur Teilnahme auf und tue alles, um diesen feierlichen Staatsakt unverlöschlich in das Gedächtnis der lebenden Nation einzuprägen.“

Der Triumph des Zähmungskonzepts

Doch entsprach auch der dergestalt in Szene gesetzte „Tag von Potsdam“ keineswegs dem von Goebbels beschworenen Ziel, die Feier zur Reichstageröffnung ‚zum erstenmal im Stil nationalsozialistischer Formgebung‘ abzuhalten. Hinter der angeblich harmonischen Versöhnung von ‚alter Größe und junger Macht‘, die die Propaganda im ‚Dritten Reich‘ etwa mit der ikonographischen Postkartentrias von Friedrich dem Großen, Hindenburg und Hitler herausstrich, verbarg sich in Wirklichkeit ein ausdauerndes Ringen um die symbolpolitische Vorherrschaft, aus dem zunächst der Reichspräsident und nicht sein Kanzler als Sieger hervorging. Wie zahlreiche Beobachter übereinstimmend notierten, dominierte am 21. März nicht das nationalsozialistische Hakenkreuz, sondern in erdrückendem Übermaß das kaiserliche Schwarz-Weiß-Rot im Farbenmeer der geflaggten Häuser und Straßen Potsdams. Nicht Kleidung und Personal der neuen Staatsführung gaben dem Einzug der Volksvertreter in Potsdam das Gepräge, sondern die Präsenz des in seiner Uniform als kaiserlicher Generalfeldmarschall auftretenden Reichspräsidenten, verstärkt durch die Anwesenheit des in Kronprinzen Wilhelm in der Uniform der Totenkopfhülsen und zahlreicher anderer Vertreter von Generalität und Admiralität des wilhelminischen Deutschland.

Den stärksten Beweis dafür, daß die von den Umständen erzwungene Entscheidung für die Potsdamer Garnisonkirche in der Folge eine ganz ungewollte Signalwirkung zu entfalten

drohte, lieferte die NS-Führung selbst. Offenbar mußte Goebbels immer stärker von der Sorge befallen worden sein, daß Ort und Ablauf der geplanten Feier weniger den angestrebten Stil nationalsozialistischer Formgebung als vielmehr die geglückte Einbindung Hitlers in das konservative Zähmungskonzept seines Vizekanzlers Papen demonstrieren würde. Nur so ist zu erklären, daß Goebbels am Vorabend des Staatsaktes Hitler dazu bewog, das von ihm selbst so sorgsam ausgearbeitete Programm des Potsdamer Staatsaktes mit einem Affront zu torpedieren, der unter anderen Umständen zu einem veritablen Skandal hätte werden können. Überraschend nämlich blieben beide am Morgen des „Tags von Potsdam“ dem auftaktbildenden Gottesdienst in der katholischen Stadtpfarrkirche fern, um statt dessen in trotzig-revolutionärer Kämpferhaltung auf dem Luisenstädtischen Friedhof in Berlin Kränze an den Gräbern zu Tode gekommener SA-Männer niederzulegen.

Goebbels hatte richtig gewittert. Als Hitler am Mittag des 21. März in Potsdam eintraf, wurde die Stadt weitgehend von den Zeichen der monarchisch-konservativen Tradition beherrscht. Im Zentrum der frenetischen Begeisterung stand der 86jährige Reichspräsident, der sein anstrengendes Programm mit stoischer Ruhe absolvierte. Um elf Uhr war hatte sich sein großer blauer Wagen mit der Standarte des Reichspräsidenten von der Glienicker Brücke her den Weg in die Stadt durch ein jubelndes Spalier der in Zwanzigerreihen am Straßenrand harrenden Menschenmassen gebahnt. Vor der Nikolaikirche vermochten die Polizeikräfte die begeisterte Menge nur mit letzter Kraft am Durchbruch zu hindern, als eine Motorradeskorte mit wehender weißer Fahne die Ankunft Hindenburgs ankündigte, der im aufbrandenden Jubel seinem offenen Wagen entstieg und von der herbeigeeilten Geistlichkeit bei einsetzendem Orgelspiel in die Kirche geleitet wurde. Nach dem Gottesdienst begab Hindenburg sich zusammen mit seinem Sohn auf eine Stadtrundfahrt durch das Nauener Tor nach dem Park von Sanssouçi, vorbei am Neuen Palais und zurück ins Zentrum, die zu einem einzigartigen Triumphzug geriet, wie die Presseberichterstatter notierten: „Hochrufe der Hunderttausende in allen Straßen, aus allen Häusern, von allen Plätzen, die der Wagen des Reichspräsidenten passiert.“

In derselben Zeit traf auch Hitler in Potsdam ein. Anders als seine sich im Braunhemd präsentierenden Fraktionskollegen trug der Reichskanzler – angeblich auf Drängen Papens - feierliches Zivil, als er den Zug der Reichstagsabgeordneten von der Nikolaikirche über die Breite Straße zur Garnisonkirche anführte. Auch hier waren die herandrängenden Menschenmassen kaum zu halten, und sie brachten den Reichskanzler zeitweise in ein so bedrohliches Gedränge, daß er kurzzeitig Zylinder und Haltung verlor – eine protokollarische Panne, die den verantwortlichen Potsdamer Polizeipräsidenten von Zitzewitz sein Amt kosten sollte.

Doch der Vorfall ging in der Woge einer Begeisterung unter, die ihren Höhepunkt erst erreichte, als Reichsregierung und Parlamentarier schon in der 2000 Ehrengäste fassenden Garnisonkirche verschwunden waren und der Wagen des Reichspräsidenten in die Breite Straße einbog, um wenige hundert Meter vor der Kirche zu halten. Millionen Radiohörer wurden Zeugen, als die sich überschlagende Reporterstimme der reichsweiten Rundfunkdirektübertragung schilderte, wie der Präsident der Ehrenkompanie abschnitt, die mit den alten Fahnen der preußischen Armee vor der Kirche Aufstellung genommen hatte, um dann unter den Klängen des berühmten Glockenspiels den Altarraum zu betreten.

Auch der nun anhebende Staatsakt unterstrich unübersehbar den symbolpolitischen Sieg des monarchischen Restaurationsgedanken über die braune Revolutionsideologie, und er löschte die Weimarer Jahre aus, indem er die ‚nationale Erhebung‘ unmittelbar an die Zeit vor 1918 anschloß. Am 21. März 1871 hatte ein Hohenzollernkönig als Deutscher Kaiser den ersten Reichstag des Zweiten Deutschen Reichs eröffnet. Auf den Tag genau 62 Jahre später schritt ein deutscher Reichspräsident in Marschalluniform auf den Altar der preußischen Hofkirche zu, um vor der leeren Hohenzollernloge den Marschallstab zum Gruß an seinen Kaiserlichen

Herrn zu heben, bevor er an der Seite Hitlers und Görings auf dem ihm bestimmten Ehrensessel Platz nahm. Wie einst der Kaiser im Weißen Saal des Berliner Schlosses, so eröffnete nun sein demokratisch legitimer Statthalter den zusammengetretenen Reichstag mit einer kurzen Ansprache, der sich eine allgemeingehaltene Regierungserklärung des Kanzlers anschloß.

Die weitere Zeremonie stand wieder ganz im Zeichen Hindenburgs, der Hitler mit einem bewegten Händedruck dankte, um sich dann nur in Begleitung zweier Adjutanten an die Königsgruft hinter dem Altar zu begeben und vor einem schweigend verharrenden Auditorium innere Zwiesprache an den Sarkophagen der toten Preußenherrscher zu halten. Seine Rückkehr gab das Zeichen zum Aufbruch und leitete zugleich zum nächsten Akt über: der großen Militärparade, für die eine Tribüne neben der Kirche aufgeschlagen worden war, auf der nun mit der Reichsregierung das Diplomatische Corps und zahlreiche weitere Ehrengäste Aufstellung nahmen. 21 Schuß Salut, die ein Artillerie-Regiment im Lustgarten des Potsdamer Schlosses feuerte und die zeitgleich auch in vielen anderen deutschen Städten abgegeben wurden, rahmten den letzten Auftritt des Reichspräsidenten an diesem Tage, für den vor der Tribüne ein eigener Holzpodest errichtet worden war. Von hier aus nahm Hindenburg eine von Eliteformationen der Reichswehr im Paradeschritt mit klingendem Spiel angeführten Vorbeimarsch ab, dem sich SA- und Stahlhelmformationen, Schutzpolizeieinheiten und zahllose ‚nationale Verbände‘ bis hin zur ‚Hitlerjugend‘ und dem ‚Bund Deutscher Mädel‘ anschlossen. Längst schon hatten der an den Rand des Geschehens gedrängte Hitler und seine Regierung den Schauplatz verlassen, um zur eigentlichen Reichstageröffnung in die Berliner Kroll-Oper zu fahren, als der Reichspräsident immer noch mechanisch seinen Marschallstab hob und senkte, bis auch die letzte Abordnung der militarisierten deutschen Gesellschaft an ihm vorbeidefiliiert war.

Fast wäre Hindenburgs bewegendes Bad in der Menge noch im letzten Moment in eine Katastrophe umgeschlagen, als die Ordnungskräfte dem Druck nach dem Ende der Parade nicht mehr standzuhalten vermochten und die begeisterten Zuschauer die Sperren zu durchbrechen begannen. Es wirkte wie eine Manifestation altpreußischer Militärgestes, daß in diesem Moment umstehende Generäle und Weltkriegsveteranen sich zu einem lebenden Bollwerk zusammenschlossen, um den Reichspräsidenten vor den erdrückenden Huldigungen der entfesselten Menge zu schützen und ihm den ungefährdeten Einstieg in seinen Wagen zu ermöglichen. Als anschließend auch er den Heimweg nach Berlin antrat, konnte Hindenburg die Gewißheit mitnehmen, daß die über ihn zur Macht gelangte Hitlerbewegung an diesem Tag ihrem nationalrevolutionären Habitus öffentlich abgeschworen und sich endgültig in die Tradition eines restaurativen Preußentums eingefügt hätte.

Rückblickende Verwandlung

Daß diese Überzeugung auf Illusion beruhte und die plebiszitäre Dynamik der nationalsozialistischen Machtergreifung die Bastionen eines restaurativen Ständedenkens so mühelos wie gründlich schleifen würde, sollte sich in den folgenden Wochen und Monaten in aller Deutlichkeit zeigen. Von der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes durch den neuen Reichstag am 23. März 1933 über die als Röhm-Putsch deklarierte Mordaktion vom 30. Juni 1934 bis zum Tod Hindenburgs am 2. August desselben Jahres reicht die Phase einer schrittweisen Ausschaltung konkurrierender Konzepte und Machtzentren der deutschen Rechten. Ihr durchschlagender Erfolg erweckt im nachhinein den falschen Eindruck, daß auch der Staatsakt vom 21. März 1933 dem machtlogischen Kalkül einer zielgerichtet vorgehenden NSDAP-Führung entsprungen sei, die die Vermählung von Preußentum und Nationalsozialismus absichtsvoll und erfolgreich vorgetäuscht habe, um sich hinter diesem Schleier um so leichter die Alleinmacht zu sichern.

Als eindrucksvollster Beweis dieser Sicht gilt das Propagandafoto des Händedrucks zwischen Hindenburg und Hitler, das in seiner millionenfachen Verbreitung die ganze Verlogenheit der Potsdamer Rührkomödie zu offenbaren scheint. Doch zeigt sich bei näherem Hinsehen, daß hier ein Fehlschluß vorliegt. Denn das suggestive Bild des Schulterschlusses von Marschall und Gefreitem war keineswegs gezielt entstanden, sondern das Ergebnis eines höchst zufälligen Schnappschusses. Auch bildet es gar nicht den eigentlich historischen Händedruck zwischen Präsident und Kanzler in der Garnisonkirche ab (in der während des Staatsaktes ein weitgehend eingehaltenes Fotografierverbot herrschte), sondern fing vielmehr den eher banalen Verabschiedungsmoment während der anschließenden Militärparade ein. Schließlich wurde die Aufnahme von der nationalsozialistischen Propaganda weit weniger geschätzt als vielfach angenommen. In der Berichterstattung zum „Tag von Potsdam“ lediglich von der ‚Berliner Illustrierten Zeitung‘ abgedruckt und auch später nur verstreut publiziert, trat sie erst nach 1945 ihren eigentlichen Siegeszug an.

Seither aber beglaubigt das Händedruck-Foto einen teleologisch verzerrenden Blick, der den „Tag von Potsdam“ zum Produkt einer gezielten Verführung umdeutete und damit bis heute die Verantwortung für den deutschen Marsch in das ‚Dritte Reich‘ stärker von der Gesellschaft auf die staatlichen Machthaber zu verlagern erlaubt, als es der historischen Realität entspricht.